

An die
Vorsitzende der Ständigen Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e. V.
Frau Maren Müller
Hofer Straße 20 a
04317 Leipzig

21. November 2014

Ihr Schreiben

Sehr geehrte Frau Müller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 18. Oktober 2014. Sie kritisieren darin Passagen des Online-Angebotes von www.tagesschau.de vom 14. August 2014. Ich habe Ihre Kritik an die zuständige Redaktion von ARD-aktuell weitergeleitet und sie um Stellungnahme gebeten. Diese finden Sie im Anhang zu diesem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'L. Marmor', is placed above the printed name.

Lutz Marmor

Anlagen

**Stellungnahme der Chefredaktion ARD-aktuell zur Programmbeschwerde
von Frau Müller vom 18.10.2014**

Zur vorliegenden Programmbeschwerde von Frau Müller erläutern wir gern den Sachverhalt.

In ihrem Schreiben vom 18.10.2014 wirft Frau Müller ARD-aktuell vor, am 14.08.2014 auf tagesschau.de „Falschdarstellungen“ über das Prozedere Russlands hinsichtlich seines Hilfskonvois für die Ostukraine verbreitet zu haben. Diesen Vorwurf weisen wir entschieden zurück.

Die Sachlage: Es ging an diesem Tag, wie auch bereits am Vortag, um die Frage, ob, unter welchen Bedingungen und wo der russische Konvoi, der nach russischen Angaben Hilfsgüter für die notleidende Bevölkerung in der Ostukraine transportierte, die Grenze zur Ukraine passieren durfte. Von ukrainischer Seite wurde der Konvoi als Infiltrationsversuch, wenn nicht gar als Invasion durch Russland interpretiert. Kiew äußerte die Befürchtung, es könnten Waffen oder Soldaten in den Lkw versteckt sein. Moskau hingegen verwies auf den rein humanitären Charakter der Mission und warf Kiew vor, die Hilfslieferungen für die notleidende Zivilbevölkerung verhindern zu wollen. Weiterer Akteur war das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das auf Wunsch Kiews die Lkw inspizieren sollte. Das IKRK forderte dafür Sicherheitsgarantien. International wurde in diesen Tagen die Befürchtung geäußert, dass Moskau den Konvoi ohne Zustimmung Kiews über die Grenze schicken könnte und dass dies zu einer Eskalation bis hin zu einer direkten kriegerischen Auseinandersetzung führen könnte.



Die Nachrichtenlage war seit dem Aufbruch des Konvois am 12.08.2014 geprägt von gegenseitigen Beschuldigungen und Behauptungen, die sich nicht belegen ließen. Die ukrainische Position war in sich vielstimmig. Häufig stand Aussage gegen Aussage, eine unabhängige Bestätigung dieser Aussagen bzw. eine Bestätigung durch die Gegenseite gab es in den meisten Fällen nicht. Der einzige überprüfbare Fakt war der Konvoi selbst und seine Route, denn er wurde von verschiedenen Korrespondenten begleitet und dokumentiert, und mit seinen drei Kilometern Länge war er immer sichtbar. Nicht-bestätigte Aussagen und offene Fragen waren:

- Moskaus Darstellung, Kiew und die EU seien vorab über den geplanten Konvoi informiert worden. (Quelle: Ria Novosti, 11.08.2014)
- Moskaus Darstellung, es habe am 12.08.2014 eine Vereinbarung mit Kiew gegeben, unter welchen Bedingungen der Konvoi am Grenzübergang Charkiw in die Ukraine fahren dürfe. Moskau habe allen Bedingungen Kiews zugestimmt. Kiew habe dabei die Forderung fallen gelassen, dass die Güter an der Grenze umgeladen werden müssten. (Quelle: Itar Tass, 12.08.2014)
- Die Mitteilung des ukrainischen Innenministers Awakow vom 13.08.2014, ein Passieren bei Charkiw lasse Kiew nicht zu. (Awakow auf Facebook. Berichtet bei dpa am 13.08.2014). Hier blieb offen, warum es zu dieser Entscheidung kam und ob dies eine Einzelmeinung war, denn aus dem Präsidentenamt kamen an demselben Abend gemäßigte Töne.
- Der Grund für die mögliche Absage der Charkiw-Route: laut dpa vom 13.08.2014: Kiew habe Angriffe von Radikalen auf den Konvoi befürchtet. Es soll im Vorfeld solche Drohungen gegeben haben, so der dpa-Korrespondent Mauder am 05.11.2014 auf Nachfrage durch ARD-aktuell. In der „Tagesschau“ vom 13.08.2014 mit Quelle „ukrainische Medien“: Moskau habe die vereinbarte Umladung der Güter am Grenzübergang Charkiw verweigert. Dies war laut Lawrow aber schon im Vorfeld ausgeschlossen worden. (Quelle: Itar Tass, 12.08.2014)

- Dokumentiert durch einen O-Ton ist die Äußerung des ukrainischen Präsidentsprechers Zegolko, der Konvoi könnte unter bestimmten Bedingungen über den Grenzübergang bei Lugansk fahren dürfen. Hier blieb aber offen, warum Kiew eine solche Option nun zulassen wollte – bis dahin hatte die Ukraine diese Route kategorisch abgelehnt. Offen blieb auch, ob innerhalb der Führung in Kiew Einigkeit über dieses Vorgehen bestand. (Quelle: Beitrag Atai vom 13.08.2014).

Unklar war also, warum das Charkiw-Abkommen nicht umgesetzt wurde und warum Kiew nun ein Passieren bei Lugansk als eine Möglichkeit bezeichnete: Weil Kiew es plötzlich als eine gute Lösung ansah, oder weil Moskau sich nicht an die vereinbarten Bedingungen gehalten hatte und dadurch die Route bei Lugansk quasi erzwang? Und wie sahen diese vereinbarten Bedingungen überhaupt aus? Auch darüber gab es widersprüchliche Darstellungen beider Seiten. Für keine Version gab es eine unabhängige Bestätigung. Aus Äußerungen des Roten Kreuzes konnte lediglich gefolgert werden, dass es Gespräche zwischen Kiew und Moskau über die Modalitäten des Konvois gegeben haben muss. Völlig offen war am Abend des 13.08.2014 und im Verlauf des 14.08.2014 auch, ob Moskau den Bedingungen Kiews für ein Passieren der Grenze bei Lugansk zustimmen würde, ob es also zu einem solchen Prozedere kommen würde. Bekanntlich stand der Konvoi anschließend noch acht Tage vor der Grenze, bevor er schließlich nach Lugansk fuhr, ohne dass es eine Einigung über die Modalitäten und eine vollständige Inspektion der Lastwagen gegeben hätte.

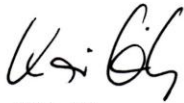
Vor dem Hintergrund dieser überaus unklaren Nachrichtenlage hat tagesschau.de am Abend des 13.08.2014 und im Verlauf des 14.08.2014 die Vielzahl der Stimmen und Deutungen transportiert. Keineswegs hat die Redaktion „wider besseres Wissen“ einen Verdacht gegen Russland verbreitet, denn es gab, wie oben nachgewiesen, zu diesem Zeitpunkt kein „Wissen“, lediglich Erklärungen und Behauptungen der ukrainischen Seite. Der Bericht auf tagesschau.de am 14.08.2014 begann mit dem Satz „Der Streit zwischen Kiew und Moskau wegen eines russischen Hilfskonvois für die notleidende Bevölkerung im umkämpften Osten der Ukraine geht weiter.“ Dies war die Nachrichtenlage. Es gab keine Einigung, nur Vorschläge zum weiteren Prozedere. Dann wurde der Aufenthaltsort des Konvois, nämlich die Region Rostow, benannt, unter Angabe der Quelle: das Notfallministerium in Moskau. Als mögliches Szenario wurde beschrieben, dass die Wagen „höchstwahrscheinlich“ in der Region Lugansk in die Ukraine fahren würden. Die am Vorabend geäußerten Positionen des ukrainischen Innenministers (kein Passieren bei Charkiw) sowie des Präsidentenamtes (Bedingungen für Passieren der Grenze bei Lugansk) waren in einem auf der Seite verknüpften Hörfunkbeitrag bzw. Video enthalten.

Der kritisierte Satz: „So könnte Russland eine frühere Absprache umgehen wollen, die Hilfslieferungen über einen von der Ukraine kontrollierten Grenzübergang in der Region Charkiw zu bringen“ war eine zu diesem Zeitpunkt mögliche Deutung der Vorgänge. Er ist im Konjunktiv gehalten und stellt keine falsche Tatsachenbehauptung dar. Inhaltlich war er durch die Nachrichtenlage gedeckt, denn eine mögliche Erklärung für das Scheitern des Charkiw-Abkommens war, dass Russland ein zuvor vereinbartes Vorgehen – das Umladen der Güter – nun ablehnte. Damit hätte Moskau de facto die frühere Absprache umgangen.

Die Redaktion räumt ein, dass diese Darstellung eine von der Gesamtmeldungslage abgeleitete Verkürzung darstellt. Es hätte das Bild abgerundet, noch einmal die Äußerungen aus Kiew vom Vorabend auch in schriftlicher Form zu transportieren. ARD-aktuell weist aber den Vorwurf zurück, es handele sich um eine Falschdarstellung. Auch wurde auf tagesschau.de nicht versucht, „eine Hilfsmission zur militärischen Aggression umzudeuten“.

Im weiteren Verlauf des Berichtes wurde lediglich die Position des ukrainischen Präsidenten Poroschenko wiedergegeben, es könne sich „möglicherweise um eine Invasion unter dem Deckmantel von Hilfslieferungen“ handeln. Auch die russische Seite kam ausführlich zu Wort mit ihrer Darstellung, der Transport sei mit Kiew abgestimmt und Moskau habe allen ukrainischen Forderungen zugestimmt.

„Das unbeschreiblich widersprüchliche Durcheinander der Verlautbarungen“, das kritisiert wird, war die nachrichtliche Realität in diesen Tagen. ARD-aktuell hat nach bestem Wissen und Gewissen die Aussagen und Quellen überprüft und ein differenziertes Bild der Lage vermittelt.



Dr. Kai Gniffke

11.11.2014

